

Antrag Nr. SO 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Familienpolitik und Kinder

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung:
Landesvorstand
Landtagsfraktion
Bundestagsfraktion

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Grundlage für die Weiterentwicklung sozialdemokratischer Familienpolitik sind im Wesentlichen fünf Annahmen:

- Familienpolitik ist die zentrale Zukunftsaufgabe. Nur wenn wir Kinder und Familien in den Mittelpunkt der Politik stellen, werden wir sowohl den demographischen Wandel als auch den Übergang in die Wissensgesellschaft bewältigen.
- Frühe Förderung ist entscheidend. Lebens- und Bildungschancen werden bereits im frühesten Kindesalter vergeben. Was in den ersten Lebensjahren eines Menschen versäumt wird, ist später nur mit größter Anstrengung nachzuholen. Nur wer Kinder früh fördert, verhindert langfristig Ausgrenzung und Armutrisiken.
- Bevölkerungsentwicklung und Wohlstand bedingen einander. Eine Gesellschaft mit mehr Kindern ist nicht nur menschlich reicher, sondern auch ökonomisch stärker. Weniger Kinder bedeuten schon jetzt weniger Wohlstand für alle.
- Dienstleistungen für Familien sind ein Wachstumsmarkt. Bildung, Betreuung und andere Dienstleistungen für Familien sind eine Zukunftsbranche mit erheblichen Beschäftigungspotenzialen. Die steigende Nachfrage kann dabei nicht alleine über den privaten Markt abgedeckt werden. Auch in Zeiten knapper Kassen muss der Staat hier eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.
- Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Frauen und Männer wollen heute partnerschaftlich zusammenleben und sich berufliche und familiäre Aufgaben teilen. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen und unterstützende Betreuungsangebote sind dafür die Voraussetzung.

Hieraus lassen sich folgende Handlungsstrategien ableiten:

- Konsequente Verbindung von Bildung und Betreuung. Im Besonderen für die Kleinsten müssen die Betreuungsange-

46 bote ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes
47 Angebot für Kinder unter drei Jahren ab 2010 und ein
48 Rechtsanspruch auf kostenfreie Betreuung ab dem zweiten
49 Lebensjahr. Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte
50 jedes Kind einen Kindergarten besuchen. Die Beitragsfreiheit
51 für das letzte Kindergartenjahr ist ein wichtiger Schritt da-
52 hin. In den nächsten Jahren streben wir die volle Beitrags-
53 freiheit für Kindertageseinrichtungen an. Wir wollen zudem
54 die Zahl der Ganztagschulen weiter deutlich erhöhen - El-
55 tern brauchen mehr verlässliche Ganztagsbetreuung, die
56 Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen.

57

58 • Starke Eltern, starke Kinder. Eltern brauchen Unterstützung.
59 Damit möglichst alle Kinder gut aufwachsen, brauchen wir
60 eine Kultur der öffentlichen Verantwortung für jedes Kind.
61 Dabei dürfen verpflichtende Maßnahmen wie Vorsorgeun-
62 tersuchungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.
63 Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihrer Erziehungs-
64 verantwortung gerecht zu werden. Familien brauchen leicht
65 erreichbare, verstärkt auch aufsuchende und frühe Hilfen.
66 Diese können in Kindertagesstätten, Gesundheitseinrich-
67 tungen, Nachbarschaftshäusern, Elterncafés oder Familien-
68 zentren angesiedelt sein. Kinderrechte müssen in den Ver-
69 fassungen der Länder verankert sein.

70

71 • Eine humane Arbeitswelt. Junge Frauen und Männer erhal-
72 ten gerade im Familiengründungsalter zunehmend befristete
73 Verträge. Zugleich sind die Anforderungen an räumliche
74 Mobilität und zeitliche Flexibilität erheblich gestiegen.
75 Schwangerschaft steigert in diesen Fällen für Frauen das Ri-
76 siko, arbeitslos zu werden. Junge Männer fürchten um ihre
77 berufliche Stellung, wenn sie Elternzeit beanspruchen; ent-
78 sprechend nehmen nur fünf Prozent der jungen Männer in
79 Deutschland Elternzeit in Anspruch. Die Tarifpartner tragen
80 Verantwortung, familiengerechte Arbeit zum Thema von Tar-
81 ifverhandlungen zu machen. In Betriebsvereinbarungen
82 können konkrete Schritte in Richtung auf familienfreundli-
83 che Arbeitsplatz- und Zeitgestaltung festgelegt werden.

84

85 • Ein neuer Blick auf die Lebensarbeitszeit. Angesichts der ge-
86 stiegenen Lebenserwartung (81,5 Jahre bei Frauen und 75,9
87 Jahre bei Männern) müssten Familiengründung, Berufsein-
88 stieg und Karriere nicht, wie das momentan der Fall ist, pa-
89 rallel in den Jahren zwischen 30 und 35 stattfinden. Diese
90 „Rush- hour des Lebens“ kann nur dann aufgelöst werden,
91 wenn Familiengründung zum Beispiel stärker als bisher be-
92 reits in der Ausbildungsphase möglich ist: Durch unterstüt-
93 zende Strukturen an Hochschulen und eine Ausbildungsför-
94 derung, die jungen Menschen die frühere ökonomische
95 Selbstständigkeit ermöglicht.

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

- Allianzen für Familie. Die SPD hat mit der Allianz für Familie und den Lokalen Bündnissen einen innovativen Weg eingeschlagen, um die Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch auf der lokalen Ebene zu verankern und dort konkrete Strategien für mehr Familienfreundlichkeit zu entwickeln. Diese Netzwerke müssen ausgebaut werden.
- Bessere Unterstützung von Familien. Bei den familienpolitischen Ausgaben steht Deutschland im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Das ist Angesichts von Geburtenrückgang sowie Armutsrisiken für Familien in Deutschland eine paradoxe Situation. Es verdeutlicht, dass der von uns in die zurückliegenden Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel weg von den direkten Leistungen, hin zu Investitionen in Infrastruktur, ergänzt durch zielgenauere Förderinstrumente wie Kinderzuschlag und Elterngeld, überfällig war. Der Vorrang infrastruktureller vor individueller Förderung muss ausgebaut werden.